

„Teilungspläne“ und „Putschabsichten“

Die KPÖ im Gedenkjahr 2005

MANFRED MUGRAUER

Es war vor allem der so genannten „Koalitionsgeschichtsschreibung“ geschuldet, dass der maßgebliche Anteil der KPÖ am Wiederaufbau der Zweiten Republik bisher kaum Thema wissenschaftlicher Auseinandersetzung war. Maßgeblicher Interpretationsrahmen für die Analyse der KPÖ-Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit war in den ersten – vom kalten Krieg geprägten – Jahrzehnten die Sowjetisierungsthese, die in der KPÖ einen Hebel für die angeblichen Sowjetisierungsabsichten der Roten Armee sah. Die Absichtserklärungen der KPÖ zur demokratischen Zusammenarbeit wurden als bloß taktisch motiviertes Manöver, als Tarnung für die in Wahrheit versuchte Machtübernahme interpretiert. In dieser Sicht erscheint die Streikbewegung vom September und Oktober 1950 als Höhepunkt einer langen Reihe von Putschversuchen, als versuchter Staatsstreich. Die Sowjetisierungsthese samt Putschlegende dominierte die gesamte vom Kalten Krieg beeinflusste Geschichtsschreibung und Memoirenliteratur der ersten Nachkriegsjahrzehnte.¹

Ein wichtiger Hintergrund dieses Herangehens ist der mit dem Opfermythos korrespondierende „Aufbaumythos“, der die Zweite Republik in sozialpartnerschaftlicher Manier zu einer großkoalitionären Erfolgsstory umdeutet. Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges machte der antifaschistische Grundkonsens von 1945 rasch einem antikommunistischen Konsens Platz: Die Nachkriegsgeschichte erschien nun als Abwehrkampf gegen kommunistische Umsturzversuche, ÖVP und SPÖ präsentierten sich als Retter Österreichs vor der Verwandlung in eine kommunistische Diktatur.

Vereinzelte ist die Sowjetisierungs- und Putschthese auch heute noch anzutreffen, und nicht nur bei *Franz Olah*, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur, etwa bei *Roman Sandgruber* im Band „20. Jahrhundert“ der Reihe „Geschichte Österreichs“ aus dem Jahr 2003.² 1997 warf der Salzburger Historiker *Ernst Hainisch* am Zeitgeschichtetag die hypothetische Frage auf, ob die 68er-Geschichtsschreibung die „Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich“ unterschätzt habe.³ In abgeschwächter

Form ist die „Putschlegende“ auch in der im Vorjahr erschienenen Wirtschaftsgeschichte *Felix Butscheks* herauszulesen.⁴ Nicht wegzudenken ist sie aus der populärwissenschaftlichen Literatur.⁵

Erste ausgewogenere wissenschaftliche Beschäftigungen mit der KPÖ-Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit in den 1970er Jahren wiesen nach, dass die KPÖ zu keinem Zeitpunkt ein Instrument von Machtergreifungsplänen der Sowjetunion war und deuteten die KPÖ-Strategie als Anpassung an genau gegenläufige sicherheitspolitische Interessen der Sowjetunion, als Verzicht auf sozialistische Zielstellungen und im Grunde konservative Konzeption.⁶ Parallel dazu wurde in der zeitgeschichtlichen Literatur die Einschätzung des Oktoberstreiks als kommunistischer Putschversuch überwunden.⁷ Neuere, differenziertere Forschungen interpretieren die Politik der KPÖ weder als Tarnungsmanöver auf dem Weg zur Machtübernahme noch als defensiven Verzicht auf revolutionäre Zielsetzungen, sondern deuten ihre Volksfrontkonzeption – im Einklang mit den außenpolitischen Zielen der Sowjetunion – als „mehrstufige“, auf den „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ abzielende Strategie.⁸

Ungeachtet zeitgeschichtlicher Forschungen änderte sich jedoch wenig an der Langlebigkeit österreichischer Geschichtsmysen: In PolitikerInnenreden und in Zeitungsartikeln ist bis zum heutigen Tage immer wieder von den angeblichen Putschabsichten und Machtergreifungsplänen der KPÖ die Rede, so auch 2005. Prominentestes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Erklärung von Kanzler *Wolfgang Schüssel* im März dieses Jahres (bei einer Veranstaltung der *Europäischen Rundschau* zum 50. Jahrestag des Staatsvertrags in der Raiffeisen Zentralbank), dass die Putschpläne der KPÖ Realität gewesen seien, wobei er in diesem Zusammenhang den „mutigen Widerstand dagegen“ hervorhob.⁹ Insgesamt hat im Gedenkjahr 2005 der Beitrag der KPÖ zum demokratischen Wiederaufbau kaum Erwähnung gefunden: Überblickt man die zahlreichen Veranstaltungen, so war der Anteil der KommunistInnen an der Befreiung, die Tätigkeit der KPÖ in den ersten beiden

Nachkriegsregierungen, in den Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen, die praktische Aufbauarbeit der KommunistInnen kein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung.

Koplenig und Fürnberg in Moskau

In der Wissenschaftslandschaft und medial ist die KPÖ im Gedenkjahr 2005 vor allem in einer Hinsicht präsent gewesen, nämlich im Zusammenhang mit einem spektakulären Quellenfund in einem Moskauer Archiv: Dem Protokoll einer Aussprache des KPÖ-Vorsitzenden *Johann Koplenig* und Generalsekretärs *Friedl Fürnberg* mit *Andrej Zdanov*, dem für außenpolitische Fragen zuständigen Politbüromitglied der KPdSU am 13. Februar 1948 in Moskau, aus dem Pläne der KPÖ hervorgehen sollen, auf eine Teilung Österreichs hinzuarbeiten. Erstmals war von jenem Dokument Ende März in Zeitungsartikeln die Rede, in der Fernsehdokumentation von *Hugo Portisch* wurde es prominent platziert und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Im vollen Wortlaut wurde es von *Wolfgang Mueller* im Periodikum *Zeitgeschichte* veröffentlicht,¹⁰ im Herbst sind zwei Dokumenteneditionen über die Rote Armee und sowjetische Besatzungspolitik erschienen, die das Protokoll beinhalten.¹¹ Aufbewahrt wird dieses Dokument im *Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte* (RGASPI), dem ehemaligen Komintern- und Parteiarchiv der VKP(b) bzw. KPdSU.

Zu Beginn dieser Aussprache legte *Zdanov* die Position des ZK der KPdSU dar und kritisierte die Linie der KPÖ. Das ZK der KPdSU habe sich „mit den Materialien, die mit der Anreise der österreichischen Genossen verbunden sind, und den von ihnen gestellten Fragen vertraut gemacht [...]“: „Das ZK der KPdSU teilt nicht in allem die Position des ZK der KPÖ. Das ZK der KPdSU meint, dass bei den österreichischen Genossen nicht alles klar ist in Bezug auf die Perspektiven und die Taktik der Kommunistischen Partei. Das ZK der KPÖ baut seine Taktik darauf auf, dass die sowjetischen Truppen noch länger auf dem Territorium Österreichs bleiben sollen. Das ZK der KPdSU ist damit nicht einverstanden.“

Bei den österreichischen Genossen gab es sogar Gespräche darüber, dass eine Teilung Österreichs besser wäre als irgend eine andere Perspektive. Das ZK der KPdSU hält diese Einstellung für grundsätzlich unrichtig. Beide Einstellungen des ZK der KPÖ sind gegen das Prinzip der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs gerichtet und können daher nicht die Mehrheit des österreichischen Volkes zufrieden stellen.“

Schwerpunkt des Kampfes für die Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes müsse – gemäß der Deklaration der Kominform-Gründungskonferenz vom September 1947 – „auf die Entfesselung der inneren national-demokratischen Kräften in jedem Land gelegt werden“. Es gebe „keine Perspektive für die Entwicklung der KPÖ, wenn sie nicht den Kampf für die Festigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs anführt.

Im entgegen gesetzten Fall erwartet sie eine Sackgasse und Perspektivenlosigkeit.“ Die KPÖ müsse sich für den Abzug der Besatzungstruppen einsetzen und sich auf die danach anstehenden Aufgaben vorbereiten, so Zdanov.

Optimismus und Illusionen

Wie so oft stehen zeitgeschichtliche Forschungsergebnisse und ihre journalistische Präsentation auch in dieser Frage in einem alles andere als widerspruchsfreien Zusammenhang. Aus dem eben Berichteten wird in einem *Presse*-Artikel die Behauptung, dass die KPÖ die sowjetische Führung aktiv dazu gedrängt habe, die Teilung Österreichs ins Auge zu fassen.¹² Auch im *profil* ist von einem dahingehenden „Kurswechsel“ der KPÖ die Rede.¹³ Beiden Beiträgen ist gemein, die neu bekannt gewordenen Fakten möglichst spektakulär zu vermarkten. Um den Sensationswert zu unterstreichen, darf auch der Hinweis auf die bisher „streng geheimen Dokumente“, auf die sowjetischen „Geheimarchive“ nicht fehlen.

Winfried Garscha hat in einem Beitrag über die Regierungsarbeit Karl Altmanns darauf hingewiesen, dass das Dokument streng genommen eigentlich „nichts sen-



Andrej Zdanov, für außenpolitische Fragen zuständiges Mitglied des Politbüros der KPdSU.

sationell Neues“ beinhalte. Bereits in den 1970er Jahren hat Hilde Koplenig in der Fernsehserie „Österreich II“ berichtet, dass es zwar einzelne Stimmen bis hinauf in die Parteiführung gegeben habe, die über die Möglichkeit einer Teilung sprachen, dass dies aber weder die offizielle Parteilinie noch die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder darstellte.¹⁴ Auch Viktor Matejka hat 1970 in einem Aufsatz in der *Republik* davon gesprochen, dass manche Politbüro-Mitglieder davon ausgegangen seien, die Machtergreifung könne mittels Teilung des Landes oder aufgrund des dauernden Verbleibens der sowjetischen Truppen durchgeführt werden.¹⁵ In einer Sitzung des Zentralkomitees im Mai 1955 hob Matejka zwar die Leistung der KPÖ und aller Fortschrittskräfte hervor, die drohende Teilung Österreichs verhindert zu haben, erwähnte jedoch die Auffassung von Genossen, die eine solche befürworteten „und schon Posten verteilen“.¹⁶ Auch Beispiele aus der Memoirenliteratur ließen sich anführen: Ferdinand Wernigg, kommunistischer Mitarbeiter von Matejka im Stadtamt, erinnert sich an „Gedankenspielerien“ dieser Art und erwähnt ein Gespräch mit einem KPÖ-Führungs-

mitglied, in dessen Rahmen ihm die Position eines Direktors der Nationalbibliothek in Aussicht gestellt wurde.¹⁷

Unzweifelhaft waren vor allem in der Parteibasis Auffassungen vorhanden, dass man aufgrund der Präsenz der Roten Armee den Weg zum Sozialismus abkürzen könne: Nach der Befreiung sahen viele den Übergang zur Volksdemokratie und zum Sozialismus als harmonischen und quasi automatischen Prozess, was nicht zuletzt auch mit dem in der kommunistischen Weltbewegung verbreiteten Geschichtsoptimismus zu tun hatte, der den Sozialismus weltweit auf einem unaufhaltsamen Siegeszug sah. Solange die Besatzungstruppen im Land seien, mag vielen auch im Jahr 1947 – entgegen den politischen Realitäten – die Frage der Macht als noch nicht entschieden erschienen sein. Vor diesem Hintergrund musste in einer Resolution des Zentralkomitees vom Juli 1956 – also nach Abschluss des Staatsver-

trages – Selbstkritik geübt werden. Problematisiert wurde der Zweckoptimismus dieser Jahre: Den Parteimitgliedern sei die schwierige Lage nicht genügend vor Augen geführt worden, die Situation sei von der Parteiführung zu optimistisch dargestellt worden. Vor allem in Wien und Niederösterreich, wo sich die KPÖ unter der Patronanz der sowjetischen Besatzungsmacht bedeutende Positionen aufbauen konnte, seien Illusionen geschürt worden.¹⁸

Beginnender Kalter Krieg

Spektakuläre Quellenfunde aus dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ können dem Moskauer Dokument keine entgegen gehalten haben. Weder in den Kurzprotokollen der Sitzungen des Sekretariats noch in den Wortprotokollen des Zentralkomitees findet sich ein Hinweis, dass Teilungsabsichten Gegenstand der Debatte gewesen sind. Es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Mitglieder des Zentralkomitees über die Aussprache in Moskau und deren Inhalt nicht informiert worden sein dürften. Klarerweise gab es auch keinerlei Beschlüsse, die in irgendeiner Art und Weise Teilungsabsichten zum



Friedl Fürnberg und Johann Koplenig bei der Geburtstagsfeier anlässlich des 60. Geburtstags des KPÖ-Vorsitzenden am 15. Mai 1951 im Wiener Konzerthaus.

Inhalt hatten. Das Kurzprotokoll der Sekretariatssitzung vom 17.2.1948 – also in unmittelbarer Folge der Aussprache in Moskau – vermerkt nur lapidar, dass eine „politische Information“ von *Koplenig* zur Kenntnis genommen worden sei.¹⁹ So muss auch unklar bleiben, inwieweit auch die Mitglieder des engsten KPÖ-Führungskreis überhaupt über den Inhalt der Aussprache informiert worden sind.

Zum angeblichen „Kurswechsel“ der KPÖ ist also zu bemerken, dass allenfalls von Überlegungen im Kreise der engsten Parteiführung die Rede sein kann, und nicht von einer dahingehenden Parteilinie, wie etwa in *Presse* oder *profil* suggeriert wird. Insgesamt geht aus dem Dokument vom Februar 1948 – wie die oben zitierten Passagen zeigen – nicht mehr hervor, als dass auf der Ebene der Optionen über eine mögliche Teilung Österreichs gesprochen wurde. Dass eine solche Option zumindest erörtert wurde, mag vor dem allgemeinen internationalen und innenpolitischen Hintergrund des Jahres 1947 nicht sonderlich überraschen: 1947 war das Jahr wachsender Ost-West-Spannungen, in dem der Kalte Krieg endgültig ausbrach. Die Außenministerkonferenzen der Siegermächte waren hinsichtlich der Deutschen Frage ergebnislos verlaufen, die Spaltung Deutschlands wurde offensichtlicher. Im März 1947 verkündete der US-amerikanische Präsident die „Truman-Doktrin“ zur weiteren „Eindämmung“ des Kommunismus. Auf „Containment“ und Marshall-Plan reagierte das kommunistische Lager mit der Gründung des kommunistischen Informationsbüros und der Verkündigung der „Zwei-Lager-Theo-

rie“. In Westeuropa war die Nachkriegsoffensive der Linkskräfte 1947 endgültig zum Stehen gekommen, die kommunistischen Parteien wurden aus den Regierungen hinausgedrängt. Im Osten und Südosten Europas wurde die volksdemokratische Entwicklung beschleunigt.

Teilungspläne waren bis zu diesem Zeitpunkt und in weiterer Folge vor allem von westlicher Seite bekannt. In den anglo-amerikanischen Nachkriegsplanungen war zunächst vorgesehen, dass Österreich Teil einer süddeutschen Konföderation werden sollte.²⁰ Im Mai 1945 gab es auf amerikanischer Seite Überlegungen, in Salzburg eine Gegenregierung zur Provisorischen Regierung Renner, die als sowjetische Marionettenregierung eingeschätzt wurde, zu bilden,²¹ in Tirol wurde im Umfeld *Karl Grubers* die Bildung einer Gegenregierung erwogen.²² Im Frühjahr 1948 begannen die US-amerikanische und britische Regierung mit der geheimen Wiederbewaffnung Österreichs, die westlichen Zonen Österreichs wurden in das Verteidigungskonzept Westeuropas eingebaut. In diesen Jahren ging auch die Bundesregierung daran, im Bündnis mit den westlichen Alliierten verdeckte Alarmformationen der Gendarmerie – die spätere B-Gendarmerie – aufzustellen. Das so genannte „Sonderprojekt“ unter der Ägide *Franz Olahs* sah vor, im Kriegsfall eine österreichische militärische Formation auf Seiten der Westalliierten einzusetzen. Die Staatsvertragsverhandlungen wurden von der westlichen Seite gebremst, um ein militärisches Vakuum beim Abzug der Besatzungstruppen zu verhindern.²³

Widerspruch zum Österreich-nationalen Kurs

Entscheidend ist, das Dokument aus dem Moskauer Archiv in den Gesamtkontext der KPÖ-Politik und -Strategie einzuordnen: Die genannten Überlegungen über eine Teilung Österreichs vom Februar 1948 standen im völligen Gegensatz zur KPÖ-Gesamtpolitik der unmittelbaren Nachkriegsjahre und auch im völligen Gegensatz zur Österreichpolitik der Sowjetunion. Vor allem standen sie im deutlichen Widerspruch zum Österreich-nationalen Kurs und Österreichpatriotismus der KPÖ. Es war ab 1945 die Orientierung auf die Einheit des Landes, aus der alle weiteren strategischen Überlegungen abgeleitet wurden. Die Bereitschaft der KPÖ, als „verantwortungsbewusste Staatspartei“ an der Provisorischen Regierung Renner und an der Konzentrationsregierung Figl teilzunehmen, entsprang vor allem einem Kalkül: Die drohende Zerreißung des Landes zu verhindern und mittels „demokratischer Zusammenarbeit“ mit SPÖ und ÖVP eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung Österreichs einzuleiten bzw. die Option darauf zumindest offen zu halten. Nachdem die Westmächte der Renner-Regierung zunächst die Anerkennung verweigerten, war die KPÖ vor diesem Hintergrund, eben um die Einheit des Landes zu wahren, zu weitgehenden innenpolitischen Konzessionen bereit: Sie verzichtete beinahe völlig auf Massenaktivitäten zur Durchsetzung ihrer Ziele und beschränkte sich auf Vereinbarungen auf Parteebene, was ihr eine große Kompromissbereitschaft abverlangte.²⁴

Auch die Österreichpolitik der Sowjetunion sah zu keinem Zeitpunkt eine kommunistische Machtübernahme und Eingliederung Österreichs in die sowjetische Einflussphäre vor. In den 1990er Jahren freigegebene Akten der Nachkriegsplanungskommissionen bestätigen, dass die Sowjetunion Österreich in ihren Konzepten einer neutralen Zone zuordnete. Im Vordergrund standen die Loslösung von Deutschland, die Verhinderung jeder Form von Teilnahme an einer Konföderation im Donauraum, sowie die Neutralisierung des Kleinstaates.²⁵ Entscheidend waren die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion („Deutsches Eigentum“). Darüber hinaus korrespondierte die sowjetische Österreichpolitik mit der KPÖ-Strategie, über eine Regierung der nationalen Front eine langfristige volksdemokratische Entwicklung („friedlicher Weg zum Sozialismus“) einzuleiten.

Resümiert man die KPÖ-Politik dieser Jahre, so steht das Eintreten für die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, das Eintreten für den raschen Abschluss eines Staatsvertrages, geradezu im Mittelpunkt ihrer Programmatik und auch ihrer Politik. Der Kampf um den Staatsvertrag wurde von Beginn an als eine der Hauptaufgaben der Partei charakterisiert.²⁶ Bereits im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung Renner forderte *Ernst Fischer* am 24. Oktober 1945 den Abzug aller Besatzungstruppen.²⁷ In einer Resolution vom Juni 1946 wurde ihre Herabsetzung auf ein Minimum gefordert.²⁸ Mit der ZK-Resolution vom Jänner 1947 wurde eine regelrechte Kampagne für den Abschluss des Staatsvertrags und den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen eröffnet. Gleichzeitig wurde die Politik der Regierung Figl-Schärf als „Verschwörung gegen die österreichische Unabhängigkeit“, als Verrat an den nationalen Interessen Österreichs kritisiert.²⁹

Innenpolitische Schwäche und Neuorientierung

Eine definitive Klärung der Frage, warum dennoch unter KPÖ-Führungsmitgliedern die Teilungsoption Ende 1947 bzw. Anfang 1948 offenbar ernsthaft erörtert worden ist – und dies geht ja aus dem Dokument unzweifelhaft hervor –, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Dass eine Teilung Österreichs zu diesem Zeitpunkt manchen als offenbar vorteilhaftere Option erschienen sein mag, hängt meiner Meinung nach neben den genannten internationalen Entwicklungen vor allem mit Problemen der notwendigen Neuorientierung der KPÖ und damit verbundenen Unsicherheiten zusammen. Unmittelbar nach der Befreiung erschien die Orientierung auf eine Volksdemokratie und ein „neues Österreich“ antifaschistisch-demokratischen Zuschnitts mehr oder weniger als Tagesaufgabe. Spätestens nach den Novemberwahlen 1945 war jedoch klar, dass es sich dabei nur um langfristige Perspektive handeln konnte. Die volksdemokratische Orientierung wurde jedoch weitgehend in *der* Form beibehalten, wie sie im Anschluss an den VII. Weltkongress der Komintern in der Zeit des Exils entwickelt worden war. Der Übergang von SPÖ und ÖVP zu einer Politik der Westorientierung, die kapitalistische Restauration in Österreich, die Dauerkoalition von SPÖ und ÖVP, das Auseinanderfallen der Antihitlerkoalition und der beginnende Kalte Krieg im internationa-

len Maßstab wurden nur zögerlich eingeschätzt. Die Orientierung der KPÖ auf einen antifaschistischen Block der drei demokratischen Parteien mit dem Ziel einer volksdemokratischen Umwälzung entsprach 1947 längst nicht mehr den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen. Vor der KPÖ stand die Aufgabe, längerfristige, differenziertere Perspektiven zu erarbeiten.

Zu diesem Zeitpunkt, 1948, war die KPÖ bereits mehr oder weniger völlig in die innenpolitische Isolation geraten. Aus den Novemberwahlen 1945 war die KPÖ als Kleinpartei hervorgegangen; alle Versuche in den Folgejahren, die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen, scheiterten: Die Ende 1946 gestartete Neuwahlkampagne, von der sich die KPÖ eine Stärkung ihres Stimmenanteils erhoffte, blieb ergebnislos. Gespräche *Ernst Fischers* mit Repräsentanten der ÖVP 1947, die als „Figl-Fischerei“ in die Geschichte eingingen, brachten keine Stärkung des KPÖ-Einflusses in der Regierung, sondern beschleunigten ihre völlige Isolierung. SPÖ und ÖVP rückten noch enger zusammen und vertieften ihre Westorientierung. Der Regierungsaustritt der KPÖ im November 1947 blieb innenpolitisch völlig folgenlos: Es gab keine Regierungskrise und auch keine Neuwahlen.

In dieser Situation der innenpolitischen Schwäche und der Notwendigkeit der Erarbeitung einer neuen Orientierung kam plötzlich Bewegung in die Staatsvertragsverhandlungen, nachdem der „Cherriere-Plan“ einen Ausweg aus der Sackgasse der bisherigen Verhandlungen andeutete: Gegen eine Ablöse sollte das „Deutsche Eigentum“, der bisherige Zankapfel, an Österreich übergeben werden.³⁰ Die von der Sowjetunion geforderten 200 Millionen Dollar an Ablösezahlungen waren auch Gegenstand der Besprechung in Moskau im Februar 1948. Gegen Zahlung dieser Summe war die Sowjetunion offenbar bereit, ein Ende des Besatzungsregimes herbeizuführen. Für die KPÖ war klar, dass die österreichische Regierung diese Summe nicht aufbringen konnte, es hätten also die Amerikaner einspringen müssen, was die KPÖ klarerweise in propagandistischer Hinsicht in große Schwierigkeiten gebracht hätte.

Die neue sowjetische Linie dürfte die KPÖ offenbar vollkommen unvorbereitet getroffen haben: Gewiss dürfte es auch eine Rolle gespielt haben, dass sie durch den drohenden Abzug der sowjetischen Armee ihre maßgebliche Position bei-

spielsweise in den USIA-Betrieben gefährdet sah und ihr deshalb zum damaligen Zeitpunkt eine Prolongierung der Besatzung als vorteilhafter erschienen sein mag. Nach der Kritik *Zdanovs* musste *Koplenig* eingestehen, dass dieses Streben, „die sowjetischen Truppen so lange wie möglich auf dem Territorium Österreichs zu behalten, unrichtig gewesen“ sei. Zur Rechtfertigung hielt er jedoch *Zdanov* entgegen, dass die Anwesenheit der sowjetischen Truppen die von ihm geforderte Entwicklung der „inneren demokratischen Kräfte“ fördere. Ein Österreich ohne Besatzungstruppen würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ein solches Österreich sein, von dem die Moskauer Deklaration gesprochen habe, sondern ein Österreich unter dem völligen Einfluss der USA, so *Koplenig*.

Zdanov widersprach darauf erneut: auch die sowjetische Besatzung werde zu einem Hindernis für die demokratische Entwicklung Österreichs: „*Die Unabhängigkeit eines Landes kann sich nicht auf ausländische Truppen stützen. Die inneren demokratischen Kräfte und die Führung der Kommunistischen Partei sind die echte Stütze für die Unabhängigkeit. Ihr geht von einem Unglauben an eure Kräfte aus, aber wir gehen vom Glauben an diese Kräfte aus. Darin bestehen die ernstesten Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und euch.*“

Fehleinschätzung der Perspektive

Friedl Fürnberg deutete in seinem abschließenden Statement jene zwei Optionen an, die sich aus Sicht der KPÖ darstellten: „*Jene Lage, die derzeit in Österreich besteht, ist die für uns schlechteste Lage. Sie schafft eine Haltung der Perspektivenlosigkeit und Passivität. Es gibt zwei Möglichkeiten der Beseitigung dieser Lage: 1) Wenn die internationale Lage nicht zulässt, in nächster Zeit die Besatzungstruppen aus Österreich abziehen, dann wäre der beste Weg – die Teilung Österreichs; 2) Je früher der Staatsvertrag mit Österreich geschlossen wird, desto besser.*“ Zum einen spiegelt dieses Statement die zuvor angesprochene offizielle KPÖ-Linie dieser Jahre wider: Der sofortige Abschluss des Staatsvertrags wird als bevorzugte Option ins Treffen geführt. Warum als Ausweg aus der drohenden Sackgasse das Szenario einer Teilung angesprochen wird, hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass die von *Fürnberg* angesprochene Desillusionierung über die innenpolitische Entwicklung von einem übertriebenen Opti-

mismus begleitet wurde, der an die Entwicklungen in Osteuropa anknüpfte: Offenbar fühlten sich die KPÖ-Spitzen durch die Umwälzungen in Osteuropa, konkret ging es 1947 um die Ereignisse in Ungarn, beflügelt. Wortmeldungen von *Ernst Fischer*, *Friedl Fűrberg* und *Johann Kopenig* am ZK-Plenum im Mai 1947 verdeutlichen ihre völlige Fehleinschätzung der Perspektive: „*Wir sind die Sieger von morgen, das sagen wir nicht als Phrase, als Agitation, als Propaganda. [...] die Würfel sind gefallen, das Schicksal des österreichischen Volkes ist entschieden, wie die Entwicklung der Völker in unserer Umgebung*“, führte *Ernst Fischer* aus.³¹ *Kopenig* unterstrich in seinem Schlusswort die Auffassung von *Fűrberg*, „*daß die Frage der Entwicklung in Österreich auf Grund der Moskauer Konferenz (gemeint sind die Staatsvertragsverhandlungen im März und April 1947, Anm.) im großen gesehen bereits entschieden ist, und zwar entschieden in der Weise, daß Österreich keine amerikanische Kolonie, kein Bollwerk und kein Brückenkopf reaktionärer und imperialistischer Kräfte des Westens sein wird, sondern daß Österreich den Weg gehen wird, den unsere Nachbarn in den anderen Ländern, in der Tschechoslowakei, Ungarn usw. gehen*“.³²

Ein womöglich entscheidender Gesichtspunkt, der die Einordnung des Dokuments erleichtert, ist ferner der bevorstehende Kominform-Konflikt: Die von *Peter Ruggenthaler* wohl zutreffend als „Canossagang“³³ interpretierte Moskauer Reise von *Kopenig* und *Fűrberg* erfolgte möglicherweise weniger vor dem Hintergrund der notwendigen Klärung Österreich-politischer Fragen, sondern im Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden sowjetisch-jugoslawischen Konflikt. Die bisher veröffentlichten Quellen zeigen, dass den KPÖ-Führungsmitgliedern von Mitgliedern der jugoslawischen Parteiführung, namentlich von *Kardelj* und *Djilas*, geraten worden war, in der sowjetisch besetzten Zone einen Separatstaat zu errichten. Auch den Führern der italienischen KP wurde Unterstützung im Falle einer Machtergreifung in Norditalien zugesichert.³⁴ *Friedl Fűrberg* führte gegenüber *Zdanov* auch diese Ratschläge, die von der ZK-Abteilung für Außenpolitik der KPdSU als „abenteuerlich“ verurteilt wurden,³⁵ als Rechtfertigung an. Die Frage, inwieweit diese Empfehlungen der jugoslawischen Parteiführung die KPÖ-Spitzen in ihren Überlegungen beeinflussten, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht klären. Womöglich waren sie

vor dem Hintergrund der Unklarheit der internationalen Entwicklung im zeitlichen Umfeld der Kominform-Gründungskonferenz sogar ausschlaggebend dafür, dass in KPÖ-Führungskreisen über die Teilsungsoption nachgedacht wurde.

Putschabsichten und „Aktionsplan“

Abschließend zu den angeblichen Putschabsichten der KPÖ in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Aufschwung erhielt die Sowjetisierungsthese erneut gegen Ende der 1980er Jahre durch einen Quellenfund des österreichisch-amerikanischen Historikers *Günter Bischof*: Dieser machte im Pariser Militärarchiv einen angeblichen Putschplan der KPÖ vom 15. November 1948 ausfindig, der auf 40 Seiten sehr detailliert die Machtübernahme der KPÖ in Wien durch 17.000 AktivistInnen vorsieht und der französischen Besatzungsmacht in die Hände fiel. *Bischof* hat seither in zahlreichen Publikationen dieses als „Aktionsplan“ bezeichnete Dokument als Beleg für die angeblichen Putschabsichten der KPÖ herangezogen.³⁶ Anknüpfend an die Beiträge *Bischofs* findet sich nunmehr wieder in beinahe sämtlichen zeitgeschichtlichen Publikationen die neue „Sprachregelung“, dass die HistorikerInnen „immer noch geteilter Meinung“ seien über die Echtheit der angeblichen KPÖ-Putschpläne.³⁷

In einer allgemeinen „Einführung“ des „Aktionsplans“ heißt es, das Zentralkomitee der KPÖ habe beschlossen, „alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig sind, um im gegebenen Falle alle reaktionären und dem westlichen Kapitalismus hörigen, arbeiterfeindlichen Elemente schlagartig auszuschalten“. Eine „Generaleinsatzstelle“ sollte die Aktivitäten in zehn verschiedenen Abschnitten leiten. Im „Einsatzplan“, dem Herzstück des Aktionsplans, wurde detailliert festgelegt, welche öffentlichen Stellen und Gebäude – bis hin zu Sektionslokalen von SPÖ und ÖVP – besetzt und welche wichtigen Personen festgenommen werden sollten, allen voran *Leopold Figl*, *Adolf Schärff*, *Julius Raab*, *Karl Gruber* und *Oskar Helmer*. Sonderbeauftragte sollten wichtiges Aktenmaterial sicherstellen.³⁸

Gerüchte über einen bevorstehenden kommunistischen Putschversuch waren ab 1947 verstärkt verbreitet worden: gewarnt wurde vor einem kommunistischen Umsturz in Österreich nach ungarischem Muster. Insgesamt ist der Zusammenhang zu internationalen Entwicklungen auffällig: Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Fe-

bruar 1948 erhielten die Putschgerüchte neuen Auftrieb, sie intensivierten sich weiter bis zur Berlin-Krise im Herbst 1948. Vor allem die US-amerikanischen Geheimdienstberichte illustrieren diese – wie *Manfried Rauchensteiner* schreibt – „kaum überbietbare Gerüchtewelle“.³⁹ Im September 1948 war im steirischen SPÖ-Organ gar von einer Kominform-Direktive an die KPÖ die Rede, auch in Österreich auf dem Putschwege die Volksdemokratie zu errichten.⁴⁰

Hinzuweisen ist auf zwei innenpolitische Aspekte: Die KPÖ versuchte sich nach dem Ausscheiden aus der Regierung als Oppositionspartei zu profilieren und forcierte die außerparlamentarische Aktivität. Es waren vor allem die maßgeblich von den KommunistInnen inspirierten Streiks im März 1948 und die Lohnbewegungen im Herbst, die nun als Putschversuche interpretiert wurden. Insgesamt ist die Gleichzeitigkeit von Putschgerüchten und den Lohn-Preis-Abkommen der Jahre 1947, 1948 und 1950 auffällig: Der Wirtschaftshistoriker *Fritz Weber* schreibt, dass hier „der funktionale Antikommunismus der Sozialisten eine Art Bannfluch gegen Streikaktionen“ war, „die unter kommunistischer Führung stehen mußten, weil die sozialistischen Gewerkschafter Streiks zu verhindern suchten“.⁴¹ Widerstände gegen soziale Belastungen wurden sofort als kommunistische Putschvorbereitung qualifiziert, sämtliche Protestformen wurden als kommunistische Umsturzversuche denunziert.

Von Bedeutung ist auch der Zusammenhang der Putsch-Metapher zu den Wiederaufrüstungsplänen der Bundesregierung und der Westmächte: „Als abstraktes Bedrohungsszenario blieb die kommunistische Gefahr [...] maßgebliches Element der Legitimierung der Remilitarisierung“, argumentiert *Christian Stifter*.⁴² Die Putsch-Metapher wurde bewusst in der Öffentlichkeit zur Durchsetzung kurz- bzw. langfristiger Ziele im Kalten Krieg eingesetzt, schreibt *Oliver Rathkolb*.⁴³

Neben diesen beiden Gesichtspunkten belegt jedoch bereits eine formale Analyse des „Aktionsplans“ meiner Einschätzung nach, dass es sich bei diesem Dokument um eine ausgesprochen plumpe Fälschung handeln muss: *Knoll* und *Haidinger* haben darauf aufmerksam gemacht, dass die Maschinschrift des Exposees ein Schriftbild einer Schreibmaschine zeige, „die eindeutig erst nach 1948 in Verwendung war“.⁴⁴ Im Briefkopf des Planes wird eine „Landeslei-

tung Wien“ der KPÖ angeführt, obwohl das Leitungsgremium der Wiener KPÖ damals wie heute als „Wiener Stadtleitung“ bezeichnet wurde und wird. Eine Aktenzahl „Präs. 311/VI-IX/48 K-M/D-U/H-F“, die in keiner Weise mit dem sonst üblichen KPÖ-internen Schriftverkehr im Zusammenhang steht und wohl auf Initialen von KPÖ-Führungsmitgliedern und der Planausarbeiter verweisen soll, leitet das Dokument ein. Es mangelt im Dokument nicht an Hinweisen auf frühere Operationspläne und Direktiven, alle mit Aktenzahlen versehen. Als die drei Autoren des Aktionsplans werden *Heinrich Dürmayer*, *Max Umschweif* und *Franz Marek* angegeben. Während *Dürmayer* und *Umschweif* nach 1945 zumindest an leitender Stellung in der Staatspolizei tätig waren, ist die Nennung von *Franz Marek* wenig plausibel. Als Chefredakteur des KPÖ-Theorieorgans *Weg und Ziel* war Marek gewiss stärker mit ideologischen Fragen als mit Fragen von Generaleinsatzstellen, Straßenkontrollen und Kurierdiensten beschäftigt.

Einigermaßen konstruiert mutet die Zusammensetzung der Generaleinsatzstelle an: Die politische Leitung oblag dem Parteivorsitzenden *Koplenig*, die strategische Leitung General i. R. *Fritz Franek*. *Franek*, Kommandeur der Wiener Reichsgrenadierdivision Hoch- und Deutschmeister, war 1944 an der Ostfront festgenommen worden und trat in der Endphase des Krieges im Sinne der Exilkonzeptionen der KPÖ im Moskauer Rundfunk für ein unabhängiges und demokratisches Österreich ein.⁴⁵ Nach seiner Rückkehr im Jahr 1948 kursierten Gerüchte, dass er als Kommandeur des USIA-Werkschutzes tätig sein sollte, was *Franek* stets dementierte.⁴⁶ Für Kurierdienste verantwortlich zeichnete *Franz Marek*, für den Sanitätsdienst ein in KPÖ-Kreisen nicht bekannter Dr. *Anton Roth*. Polizeichefarzt *Emanuel Edel* wäre ein dieser Stelle wohl plausibler gewesen. Für den Verpflegungsdienst war *Hella Postraneky* zuständig, die zu dieser Zeit in der Frauenarbeit der KPÖ tätig war. Für die Verpflegung der Putschisten prädestinierte sie Ende 1948 wohl nichts mehr, als dass sie in der Renner-Regierung 1945 Unterstaatssekretärin für Volksernährung war. Als Abschnittskommandanten werden *Max Umschweif*, *Gottlieb Fiala*, *Ludwig Berg*, *Otto Horn*, *Theodor Maller*, *Josef Lauscher*, *Otto Brichacek*, *Laurenz Gerner*, *Josef Kral* und *Fritz Weissenböck* genannt. Als Kurier ist statt *Leopold Spira* fälschlicherweise von *Franz Spira* die Rede.



Die „Hungerdemonstration“ am 5. Mai 1947 vor dem Bundeskanzleramt wurde zum ersten „Putschversuch“ der KPÖ stilisiert.

Insgesamt ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass Putschpläne wie der „Aktionsplan“ der KPÖ aus der Produktion westlicher Geheimdienste – oder gar der österreichischen Staatspolizei⁴⁷ – stammen, um die Ängste der Bundesregierung und der österreichischen Bevölkerung vor einer permanenten kommunistischen Gefahr zu stärken.⁴⁸

Resümee

Aus meiner Sicht erledigt sich die Putschthese nunmehr auch vor dem Hintergrund des sowjetischen Dokuments vom Februar 1948: In sämtlichen neueren sowjetischen Quellen gibt es keinerlei Hinweise auf von der Sowjetunion gesteuerte Umsturzversuche in Österreich. Dass die KPÖ-Führung ohne Unterstützung der sowjetischen Regierung – konkret im November 1948, also neun Monate nach der Aussprache in Moskau – an die Ausarbeitung solcher abenteuerlicher Pläne ging, die mit der Gefahr der Entfesselung eines Weltkriegs verbunden gewesen wären, ist meiner Einschätzung nach völlig ausgeschlossen. Die angeblichen Putschabsichten der KPÖ dürften rundweg ins Reich der Legenden zu verweisen sein.

Die Überlegungen im Zusammenhang mit der Teilungsoption deuten hingegen ein reales Problem an: Es geht nicht darum, dass die KPÖ mit ihrem Eintreten für den Staatsvertrag ihre wahren Interessen tarnen wollte; nicht Machtübernahmepläne sind der entscheidende Bezugspunkt für die Überlegungen hinsichtlich einer Teilung Österreich. Wie gezeigt fällt das Nachdenken über die

Teilungsoption in eine Phase der Umorientierung, in der die Notwendigkeit der Entwicklung einer neuen Perspektive offensichtlich wurde. Aus meiner Sicht ist dieser Gesichtspunkt der entscheidende Zusammenhang, in den diese Überlegungen einzuordnen sind: Sie reflektieren primär Unsicherheiten dieser Neu- und Umorientierung.

Kam bereits im Gefolge des VII. Weltkongresses der Komintern im Jahr 1935 der wesentliche Impuls zur damaligen strategischen Wendung – hin zur Politik der antifaschistischen Einheits- und Volksfront – von außen, von der Komintern und *Georgij Dimitrov*, so kann auch am Beispiel der Moskauer Aussprache im Februar 1948 gezeigt werden, dass die sowjetische Einflussnahme unmittelbare Folgen zeigte: im konkreten Fall zum Nutzen Österreichs und zum Nutzen der KPÖ. Es war die sowjetische Führung, die entschieden gegen eine Spaltung Österreichs auftrat und der KPÖ den endgültigen Anstoß für die Einleitung einer längerfristigen Perspektive gab.

Dass die sowjetische Kritik Klarheit brachte, belegen auch KPÖ-interne Quellen: Wenige Wochen nach der Aussprache behandelte das ZK-Plenum im März 1948 schwerpunktmäßig den Kampf der KPÖ um den Staatsvertrag. Das Referat von *Ernst Fischer* wurde in hoher Auflage von 15.000 Exemplaren⁴⁹ mit dem Titel „Ende der Besetzung“ als Broschüre verbreitet.⁵⁰ Anknüpfend an die Ratschläge von *Andrej Zdanov* ging *Koplenig* nunmehr soweit, die Anwesenheit der Sowjettruppen in Österreich unter den gegenwärtigen Bedingungen als

„Erschwerung“ zu bezeichnen. Nach Abzug aller Besatzungstruppen werde sich der Klassenkampf in Österreich erleichtern, so *Koplenig*.⁵¹ Selbstkritisch wurde von den Rednern festgestellt, dass das bisherige Eintreten der KPÖ für Unabhängigkeit, Souveränität und Staatsvertrag bisher über die bloße Deklaration nicht hinausgekommen sei. Es sei bisher nicht einmal gelungen, die eigenen Genossen von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen.⁵² In seinem Schlusswort unterstrich *Fischer* noch einmal, dass der Kampf um den Staatsvertrag und die Unabhängigkeit „nicht einfach Agitation“ sei: „Dieser Kampf ist absolut ernst gemeint, nicht dass einzelne Genossen vielleicht augenzwinkernd hingehen und sagen aus propagandistischen Gründen stellen wir das mehr in den Vordergrund.“⁵³

Die vom Plenum verabschiedete Resolution kritisierte die Verschleppung des Staatsvertrags durch die Westmächte und die beiden Koalitionsparteien und forderte den sofortigen Abzug aller Besatzungstruppen.⁵⁴ Diese Linie blieb für die KPÖ bis 1955 bestimmend. In weiterer Folge rückte das Eintreten für die Neutralität in den Mittelpunkt der kommunistischen Staatsvertragspropaganda, ja in den Mittelpunkt ihrer Politik überhaupt. Die Neutralitätspropaganda der Kommunisten hatte nicht zuletzt zur Folge, dass die Neutralitätsthematik in der öffentlichen Debatte der Jahre 1950 bis 1954 vollkommen in den Hintergrund gedrängt wurde, vor allem nach dem gescheiterten Generalstreikversuch im Oktober 1950. Dennoch war es die außenpolitische Option der Neutralität, die 1955 den Durchbruch zum Abschluss des Staatsvertrages brachte, weshalb die KPÖ zu Recht – und daran ändern auch die neu bekannt gewordenen Fakten nichts – auf ihr Engagement für Staatsvertrag und Neutralität hinweisen konnte.

Anmerkungen:

1/ Exemplarisch Stearman, William Lloyd: Die Sowjetunion und Österreich 1945–1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen. Bonn u.a. 1962; Bader, William B.: Austria Between East and West 1945–1955. Stanford 1966, sowie Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953; Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1955.

2/ Er spricht dort vom Oktoberstreik als letztes Aufflammen „einer auf eine gewaltsame Machtübernahme gerichteten kommunistischen Aktivität in Österreich“ (Sandgruber, Roman:

Das 20. Jahrhundert. Wien 2003, S. 128).

3/ Hanisch, Ernst: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, in: Diendorfer, Gertraud/Jagschitz, Gerhard/Rathkolb, Oliver (Hg.): Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichischer Zeitgeschichtetag 1997. Innsbruck, Wien 1998, S. 37–45, hier S. 39.

4/ *Butschek* spricht von „putschartigen Aktivitäten“ der KPÖ (Butschek, Felix: Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien u.a. 2004, S. 25).

5/ Aktuellstes Beispiel: Rohrhofer, Franz X.: Oberösterreich 1945–1955. Wiederaufbau und Neubeginn. Linz 2005. Dort ist vom „dunkelroten Putschversuch“ der KPÖ die Rede (S. 167).

6/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977; Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien 1979.

7/ Z.B. Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Brigittenau und Floridsdorf und des Instituts für Wissenschaft und Kunst. Wien 1991.

8/ Exemplarisch für mehrere Beiträge von *Wolfgang Mueller*: Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin 2005, S. 141–170. Auch meiner Arbeit über die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner liegt die Interpretation der programmatisch-strategischen Orientierung der KPÖ als Etappenkonzeption, als „Strategie der Übergänge“, die auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus als längerfristigen Prozess abzielte, zugrunde (Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner. Diplomarbeit Universität Wien 2004, bes. S. 85–132).

9/ Vgl. Brünner, Peter: Aus Vranitzkys und Schüssels Geschichtsbuch, in: *Der Standard*, 1.4.2005, S. 7.

10/ Mueller, Wolfgang: Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: *Zeitgeschichte*, 32. Jahrgang, Heft 1, Jänner/Februar 2005, S. 47–54. Die nachfolgenden Zitate folgen dieser Übersetzung *Muellers*.

11/ Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara/Tschubarjan, Alexander (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente. Graz u.a. 2005, S. 727–733; Mueller, Wolfgang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien 2005, S. 453–465.

12/ Bischof, Burkhard: KPÖ drängte auf Teilung Österreichs, in: *Die Presse*, 30.3.2005.

13/ Lackner, Herbert: Das Ringen mit dem Bären, in: *profil*, Nr. 15, 11.4.2005, S. 34–40, hier S. 38f.

14/ Garscha, Winfried R.: Die KPÖ in der Konzentrationsregierung 1945–1947: Energieminister Karl Altmann, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jahrgang (2005), Nr. 3, S. 1–6, hier S. 6, Anm. 5.

15/ Matejka, Viktor: KPÖ im Niedergang, in: *Die Republik. Staatspolitische Blätter des österreichischen Nationalinstituts*, Heft 1, März 1970, S. 21–28, hier S. 23.

16/ Alfred Klahr Gesellschaft (AKG), Zentrales Parteiarchiv der KPÖ (ZPA), Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 20.5.1955, Beilage 25, S. 1.

17/ DÖW-Bibliothek Nr. 26059, Ferdinand Wernigg: Ausführliche Niederschrift über Ereignisse und Personen in den Jahren 1914–1968, Bd. V: Die Jahre 1945–1968, S. 153.

18/ Resolution der 12. Plenartagung des Zentralkomitees der KPOe, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 164, 17.7.1956, S. 4.

19/ AKG, ZPA, Protokoll der Sitzung des Politischen Sekretariats der KPÖ am 17.2.1948.

20/ Vgl. Fellner, Fritz: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1. Graz u.a. 1972, S. 53–90, hier S. 64.

21/ Vgl. Schärf, Adolf: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Österreichs Einigung und Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Wien 1950, S. 25.

22/ Vgl. Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit (wie Anm. 1), S. 28; Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung. Wien u.a. 1985, S. 110.

23/ Vgl. dazu die Beiträge in: Blasi, Walter/Schmid, Erwin A./Schneider, Felix (Hg.): B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag. Wien u.a. 2005.

24/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jahrgang (2005), Nr. 2, S. 1–8.

25/ Zur sowjetischen Österreich-Planung und -Politik 1938–1945 vgl. Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien u.a. 2005, S. 17–46.

26/ Z.B. Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947, in: *Weg und Ziel*, Nr. 2/47, S. 148–151, hier S. 148.

27/ Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jerábek. Wien 2003 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien, Bd. 3), S. 190.

28/ Wir rufen zur entscheidenden Wendung.

Beschlüsse der Kommunistischen Partei, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 143, 22.6.1946, S. 1.

29/ Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947 (wie Anm. 25), S. 148.

30/ Vgl. Rauchensteiner, Manfred: *Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung*. Wien 2005, S. 125.

31/ AKG, ZPA, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 14, S. 10.

32/ Ebd., Beilage 23, S. 1.

33/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge. Graz u.a. 2005, S. 650–726, hier S. 671.

34/ Gibanskij, L. Ja.: Kominform v deijstvii. 1947–1948 gg. Po archivnym dokumentam, in *Novaja i novejsaja istorija*, 1996, Nr. 2, S. 165f., zit. nach Gräfe, Karl-Heinz: *Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948*, in: *UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen*, Heft 84, Oktober 1997, S. 51–60, hier S. 58.

35/ Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und die Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Fond 17, Bestand 128, Mappe 1163, Bl. 9–24, hier Bl. 17f., zit. nach Muraschko, Galina P./Noskowa, Albina F./Wolokitina, Tatjana W.: *Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der „nationalen Wege zum Sozialismus“*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1994. Berlin 1994, S. 9–37, hier S. 24f.

36/ U.a. Bischof, Günter: „Prag liegt westlich von Wien“: Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, in: ders./Leidenfrost, Josef (Hg.): *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949*. Innsbruck 1988, S. 315–345, bes. S. 333–338; ders.: „Austria looks to the West“. *Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre*, in: Albrich, Thomas u.a. (Hg.): *Österreich in den Fünfzigern*. Innsbruck, Wien 1995, S. 183–209.

37/ Z.B. Schmidl, Erwin A.: „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.): *Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958*. Spione, Partisanen, Kriegspläne. Wien u.a. 2000, S. 171–192, hier S. 176.

38/ KPÖ, Landesleitung Wien, Aktionsplan v. 15.11.1948. Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments bin ich *Oliver Rathkolb* zu Dank verpflichtet.

39/ Rauchensteiner, Manfred: *Stalinplatz 4* (wie Anm. 29), S. 304, Anm. 24.

40/ *Neue Zeit*, 12.9.1948, zit. nach: Weber, Fritz: *Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950*. Wien 1986, S. 130.

41/ Ders.: *Die Angst der Parteiführung vorm*

Klassenkampf. Die SPÖ 1945–1950, in: Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): *Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945*. Wien 1988, S. 11–21, hier S. 19.

42/ Stifter, Christian: *Die Wiederaufrüstung Österreichs. Die geheime Remilitarisierung der westlichen Besatzungszonen 1945–1955*. Innsbruck, Wien 1996, S. 94.

43/ Rathkolb, Oliver: Die „Putsch“-Metapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich, 1945–1950, in: Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): *Der Oktoberstreik 1950* (wie Anm. 6), S. 113–123, hier S. 113.

44/ Knoll, Reinhold/Haidinger, Martin: *Spione, Spitzel und Agenten. Analyse einer Schattenwelt*. St. Pölten u.a. 2001, S. 309.

45/ Vgl. Mugrauer, Manfred: *Die Politik der Kommunistischen Partei Österreichs in der Provisorischen Regierung Renner* (wie Anm. 7), S. 39f.

46/ Vgl. Kraml, Elisabeth: *General Dr. Fritz Franek*. Diss. Univ. Wien 1983, S. 171ff.

47/ Vgl. die Argumentation in Knoll, Reinhold/Haidinger, Martin: *Spione, Spitzel und Agenten* (wie Anm. 43), S. 308f.

48/ Vgl. Ruggenthaler, Peter: *Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55* (wie Anm. 32), S. 669.

49/ AKG, ZPA, Archiv des Globus-Verlags, Produktionsmappe „Der Ausweg“.

50/ Fischer, Ernst: *Der Ausweg: 2. Ende der Besetzung! Unser Kampf um Staatsvertrag und Souveränität*. Wien 1948.

51/ AKG, ZPA, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, 3 S., Beilage 44, S. 8.

52/ Dahingehend äußerten sich etwa *Otto Fischer* und *August Moser* (ebd., Beilage 8 und 10).

53/ Ebd., Beilage 13, S. 1.

54/ *Wie rufen zu einer Volksbewegung für Freiheit und Unabhängigkeit. Oesterreich braucht den Staatsvertrag um nicht zu verkümmern*, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 62, 13.3.1948, S. 1.

AKG-Generalversammlung 2005

Am Samstag, 26. November 2005, fand in Wien-Wieden, Gußhausstraße 14, die ordentliche Generalversammlung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT statt. Auf ihr wurden wichtige Veränderungen beschlossen. Im Einvernehmen mit den Eigentümernvertretern des Parteiarchivs der KPÖ wurde festgelegt, die AKG aus ihrer Funktion als Verwalterin des Parteiarchivs zu entlassen, deren Wahrnehmung aus finanziellen und personellen Gründen seit Ende 2003 in professioneller Weise nicht mehr möglich war. Das bedeutet, dass die AKG künftig als Verein mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit tätig sein wird. Im Rahmen dieser Aufgabe wird die AKG mit der KPÖ Steiermark zusammenarbeiten und von ihr für Leistungen, die sie für den zu gründenden KPÖ-Bildungsverein Steiermark erbringt, finanzielle Unterstützung erhalten.

Der Fortfall der Agenden der Archivverwaltung machte die Anpassung des Vereinsstatuts an die neuen Gegebenheiten notwendig, wofür zwei Anträge der Generalversammlung unterbreitet wurden. Nach ausführlicher Diskussion und Zusammenführung der am besten geeigneten Formulierungen auf Vorschlag Dr. Walther Leeb's wurde das neue Statut mit großer Mehrheit zum Beschluss erhoben. Der nunmehrige Name unseres Vereins lautet: *Alfred Klahr Gesellschaft. Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung*.

Da 2005 die vierjährige Periode des Vorstands und die sechsjährige Periode der RechnungsprüferInnen abliefen, war deren Neuwahl erforderlich. Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Vorstands ergaben sich durch die von Präsidenten Hans Hautmann schon seit längerer Zeit angekündigte Zurücklegung seiner Funktion sowie die von Winfried Garscha als Schriftführer und von Claudia Kuretsidis-Haider als Vizepräsidentin. Während die bisherigen RechnungsprüferInnen (Heinz Allwein, Hannelore Steindl, Renate Vodnek) in ihrem Amt bestätigt wurden, erbrachte die für beide Vereinsorgane geheim abgehaltene Wahl für den Vorstand folgendes Ergebnis:

Walther Leeb (Präsident), Irma Schwager (Vizepräsidentin), Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), Hans Mikosch (Schriftführer), Friederike Lerch (Kassierin), Winfried Garscha, Peter Goller, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Claudia Kuretsidis-Haider, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Elke Renner, Elisabeth Rzy, Thomas Schönfeld, Christine Schindler, Fini Seif, Valentin Sima und Willi Weinert.

Für Jänner 2006 sind vertiefende Gespräche mit den VertreterInnen der steirischen KP über die künftigen Formen des Zusammenwirkens anberaumt. Die Perspektiven der AKG sind nach diesen Veränderungen insgesamt günstig, und es liegt jetzt an uns, den neuen Weg erfolgreich zu beschreiten.